

Parteiversammlung BDP Schweiz Samstag, 22. Oktober 2016, Grenchen



*Referat von Nationalrat Martin Landolt, Präsident BDP Schweiz
Es gilt das gesprochene Wort.*

Kein bürgerlicher Fortschritt ohne Kompromisse

In der vergangenen Herbstsession in Bundesbern wurden ein paar strategisch bedeutende Dossiers diskutiert. Zwar haben wir uns auch um die Abschaffung von Hundekursen, um Bekleidungs Vorschriften, um den Wolf, den Biber, die Regenbogenforelle und die Bettwanze gekümmert. - Aber mit der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Finanzierung, der Energiestrategie 2050, der Altersreform 2020 sowie einer ersten Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative waren durchaus ein paar Weichenstellungen traktandiert, die für künftige Generationen wichtig sind.

Umso frustrierender, umso besorgniserregender ist deshalb die Feststellung, dass die Schweizer Politik zur Zeit eine ihrer wichtigsten Stärken und prägendsten Eigenschaften vermissen lässt: Die Kompromissbereitschaft. Selten war dies derart augenfällig wie in der Herbstsession 2016. Die Ursachen und die Verursacher mögen unterschiedlich sein. Aber das Resultat ist ein Zusammenwirken destruktiver Kräfte, zu Ungunsten von Fortschritt, zu Ungunsten von Lösungen, zu Ungunsten künftiger Generationen.

Nun die Energiestrategie 2050 hätte durchaus noch als gut schweizerischen Kompromiss bezeichnet werden können, was auch an der Schlussabstimmung im Parlament noch sichtbar und spürbar war. Wie Sie wissen, wurde inzwischen aber das Referendum angekündigt, was uns grundsätzlich nicht weiter stören müsste. Denn wer ernsthaft glaubt, das Schweizer Volk stehe nicht hinter einer bürgerlichen Energiewende mit einem geordneten Atomausstieg, der müsste mit dem Ausdruck Volksnähe in Zukunft etwas sparsamer umgehen.

Nun wird aber das Resultat von mehrjähriger parlamentarischer Arbeit aber genau von einer angeblichen Volkspartei ergriffen, die ja übrigens auch unbedingt wieder eine staatstragende, verantwortungsvolle Regierungspartei werden wollte, wenn sie dann wieder mit zwei Sitzen im Bundesrat vertreten sei. – Gesagt, getan... Oder vielleicht eben doch einfach nur gesagt...

Noch verantwortungsloser waren die destruktiven Kräfte in der Beratung der Altersvorsorge 2020. Dass dort die nationalrätliche Kommission nach neun Monaten Beratung zu einem anderen Konzept kommt, als vorgängig der Ständerat als Erstrat, ist durchaus legitim und auch nicht unbedingt unüblich. Wenn aber kurz vor Diskussionsbeginn ausgerechnet die Vertreter der Kommissionsmehrheit ihre eigenen Konzepte über den Haufen werfen, dann ist das ganz, ganz schlechtes und unsorgfältiges Handwerk.

Und auch in dieser Frage fehlt jegliche Bereitschaft, über Kompromisse eine tragfähige Lösung zu erarbeiten. Die Angst, den berühmten kleinen Finger anzubieten, führt zu einer Bewegungsstarre. - Oder wie ging dieses Sprichwort? - Wer sich nicht mehr am Spatz in der Hand freuen kann, sieht vor lauter Tauben das Dach nicht mehr. So ungefähr, aber auf jeden Fall hatten wir es auch hier mit einer Volkspartei zu tun, die das Volk nicht mehr spürt. Und mit einem Freisinn, der auch für Gemein Sinn stehe; bei der Altersvorsorge 2020 aber eher von Leichtsinn, teilweise von Wahnsinn getrieben wurde. Nicht überall, wo „Sinn“ draufsteht, ist auch wirklich immer Sinn drin.

Ein weiteres Beispiel für unschweizerischen Rückschritt war die gesetzgeberische Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Wir werden darüber heute noch intensiver sprechen. Aber auch hier hat man es nach anfänglichen Kompromissen fertig gebracht, sich im Laufe der Debatte – nach getaner Kommissionsarbeit – zunehmend auseinander zu dividieren, statt aufeinander zuzugehen. Hier kam der Rückzug vom Kompromiss – das Unversöhnliche - von einer Partei, die christliche Werte verteidigen will und deren Präsident kürzlich gesagt hat, Kompromissbereitschaft sei bisher ein Fehler gewesen...

Da kann man nur sagen: Herzlich willkommen, liebes Schweizer Volk! - Willkommen in der neuen Legislatur. In einer Demokratie, in der Kompromisse neuerdings als Fehler bezeichnet werden. Willkommen in der neuen Legislatur, in der die neuen Mehrheiten nichts gestalten, keine Kompromisse schmieden, kaum in der Lage sind, nachhaltige Lösungen und bürgerlichen Fortschritt für kommende Generationen herbeizuführen.

Die Wählerinnen und Wähler haben sich vor rund einem Jahr offensichtlich verspekuliert. Sie wollten mehr bürgerliche Politik; sie haben aber mehr Konservatismus bekommen. Sie wollten mehr bürgerlichen Fortschritt, sie haben sturen Egoismus und ausschliessliche Parteiprofilierung erhalten. Es wird inzwischen so lange und so intensiv am Profil der eigenen Partei geschliffen und geschärft, dass dabei das Wohl des Landes komplett aus den Augen verloren geht.

Wir als BDP machen uns Sorgen. Dieses sture Verharren auf parteipolitischen Positionen, dieses Fehlen von minimaler Kompromissbereitschaft, dieses mangelnde Gespür für das Volk. Das alles ist unsorgfältig und dient nicht den Menschen in diesem Land. Aber genau das müsste die Politik tun. Die Politik muss den Menschen dienen – und nicht umgekehrt. Und wer sich von Kompromiss weg entfernt, entfernt sich automatisch auch von den Menschen in diesem Land weg.

Es darf nicht als Schwäche gelten, wenn man sich für Kompromisse einsetzt. Es darf nicht als harmlos gelten, wenn man aus der politischen Mitte heraus ernsthaft an mehrheitsfähigen Lösungen arbeitet. Wir hätten als BDP – beispielsweise bei der Altersreform 2020 – diverse Anliegen, die uns wichtig wären. Der Interventionsmechanismus bei der AHV, die so genannte Schuldenbremse, haben wir schon vor über fünf Jahren gefordert. Und unsere Forderung, dass das Rentenalter entpolitisiert und deshalb automatisch an die Lebenserwartung geknüpft werden soll, gehört immer noch zu unseren zentralen Anliegen. Aber es ist niemandem geholfen, wenn das Fuder überladen wird und am Ende des Tages auch diese Reform scheitert.

Die BDP hat deshalb den Mut für Kompromisse. Sie hat den Mut, eigene, parteipolitisch wichtige Anliegen zugunsten des Ganzen zurückzustellen. An dieser Lösungsorientierung wird und will die BDP festhalten, auch wenn wir möglicherweise bald die Letzten und Einzigen sind, die das tun. Und wir tun das vor allem in der Überzeugung, dass die Politik den Menschen in diesem Land – insbesondere den künftigen Generationen – dienen muss und nicht dem Parteiprofil. Und wir tun das in der Überzeugung, dass die Mehrheit der Menschen in diesem Land eine Politik will, die Lösungen hervorbringt, die Kompromissfähigkeit hoch hält.

Diese, unsere Überzeugung ist nicht zufällig, sondern basiert auf einer Volksnähe der BDP, welche sich inzwischen auch statistisch dokumentieren lässt. So haben vor einigen Wochen alle eine Analyse zur Kenntnis nehmen können, die aufzeigt, welche Parteien aufgrund der Volksabstimmungen wie nahe am Volk politisiert. Klare Gewinnerin dieser Analyse ist die BDP, sofern man es als positiv und als Gewinn betrachtet, wenn man auf der Seite der Mehrheit – also auf der Seite der Lösung – ist.

Man kann oder muss sich dabei natürlich die Frage stellen, warum jene Parteien die Wahlen gewinnen, die aufgrund dieser Analyse am Volk vorbei politisieren. Oder wie lange es noch

andauert, dass ausgerechnet die destruktiven Kräfte im Land gestärkt werden. Wir werden auf alle Fälle die Geduld und den Mut haben, solche angeblichen Erfolgskonzepte nicht zu kopieren, weil diese Konzepte schlichtweg nicht zum Erfolg führen. Kurzfristig vielleicht zu Wahlerfolgen, langfristig aber sicher nicht zu Erfolgen für unser Land und seine Menschen.

Wer die Leitlinien, den Kompass für politische Grundsätze sucht, sollte möglicherweise einen Blick in unsere Bundesverfassung wagen. Gerade kürzlich wurde ja lauthals und prominent eine Debatte geführt, ob die Schweizer Politik, ob das Parlament sich auch wirklich an der Verfassung orientiere, auf welche ja schliesslich ein Eid geleistet worden sei.

Dabei wurde – nicht ganz unopportunistisch – ausgeklammert, dass wir selbstverständlich der Verfassung gegenüber verpflichtet sind. Aber gegenüber der Verfassung als Ganzes und nicht einfach nur exklusiv und stur gegenüber einem einzigen Artikel. Egal, ob dieser jetzt gerade zufällig die Nummer 121a trägt.

Die Grundwerte unserer Verfassung beinhalten wesentlich mehr als einen einzigen Artikel, der im besagten Beispiel mit einer hoffnungslos widersprüchlichen Formulierung die Zuwanderung derart komplex steuern möchte, dass selbst die entsprechenden Initianten keine klare Vorstellung darüber haben, wie dies im Zusammenspiel mit anderen Regulativen funktionieren soll.

Aber wenn schon eine Verfassungsdebatte geführt werden will, dann ist es absolut lohnenswert, die gesamte Verfassung zu lesen und diese wirken zu lassen. Ich bin mir inzwischen nicht mehr sicher, ob wirklich alle Politikerinnen und Politiker die Bundesverfassung wenigstens sporadisch lesen – oder überhaupt schon einmal vollständig durchgelesen haben. Man kann ja auf etwas einen Eid leisten, ohne es gelesen zu haben. Die Blitzlichter der Fotografen funktionieren trotzdem.

Bei einer sorgfältigen Konsultation unserer Verfassung würde man auf Kernaussagen stossen, die unsere Politik – unabhängig von marketingtechnischen Parteipositionen – wesentlich prägen müssten. Man würde feststellen, dass Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt ebenso in unserer Verfassung stehen wie die gegenseitige Rücksichtnahme, das Bewusstsein für gemeinsame Errungenschaften und die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. – Es sei nur frei, wer seine Freiheit gebraucht, und die Stärke des Volkes messe sich am Wohl des Schwachen...

Die Eidgenossenschaft fördert gemäss ihrer Bundesverfassung die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt. Sie setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und eine friedliche und gerechte internationale Ordnung. Bund und Kantone beachten das Völkerrecht. Niemand darf diskriminiert werden.

Und nun frage ich Sie: In welchem Verhältnis zu unserer Verfassung und zu ihren Grundwerten stehen politische Übungsanlagen, die eine geordnete Energiewende verhindern wollen, die völkerrechtliche Verträge missachten oder Bekleidungs Vorschriften für willkürlich ausgewählte Bevölkerungsgruppen verlangen?

Nur daher also, wer eine Verfassungsdebatte führen will. Aber dann bitte über die gesamte Verfassung. Wir sollten dies sogar viel öfter tun. Denn wer es wirklich genau nimmt mit den Werten unserer Verfassung und den Grundideen ihrer Erfinder und Gestalter, der kommt zum Schluss, dass unsere Leitlinien vor allem eines wollen: Bürgerlichen Fortschritt mit Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft. – Und genau dafür steht die BDP.

Stehen wir also weiterhin ein für unsere Politik, für unsere Werte – unabhängig davon, ob sie kurzfristig attraktiv sind; unabhängig davon, wenn sie vorerst nicht zu medialem Spektakel führen. Denn sie dient den Menschen in unserem Land und künftigen Generationen. Stehen

wir weiterhin ein für bürgerlichen Fortschritt und lösungsorientierte Kompromisse. Dabei schauen wir nicht nach links und nicht nach rechts, sondern vorwärts, vorwärts, vorwärts. - Deshalb sind wir hier. Deshalb sind wir gekommen, um zu bleiben.